



Regierungsratsbeschluss vom 13. Januar 2026

Motion Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz; Stellungnahme

P255315

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Hanna Bay und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Hanna Bay und Konsorten als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Motionäinnen und Motionäre, dass freiheitsentziehende Massnahmen einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit darstellen und misst der zeitnahen Überprüfung des polizeilichen Freiheitsentzugs eine hohe rechtsstaatliche Bedeutung zu. Gerade weil es sich bei polizeilichen Freiheitsentzügen um schwere Grundrechtseingriffe handelt, erfordern die vielen von der Motion aufgeworfenen Fragen eine detaillierte Auslegeordnung.

